

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insetionspreis: die  
kleinformatige Zeile 10 Pf. In  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr. 142.

Donnerstag, den 1. Dezember

1898.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — R. G. Bl. S. 245 flg. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Zwidau im Monat Oktober ds. Js. festgesetzte und um Fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen im Monat November d. J. an Militärposten zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt für 50 kg **Safer 8 M. 93 Pf.**, für 50 kg **Heu 3 M. 94 Pf.** und für 50 kg **Stroh 2 M. 89 Pf.**

E. Schwarzenberg, am 29. November 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. B.:  
Dr. Dietrich.

### Bekanntmachung.

Da nach § 17 der Kirchen- und Synodalordnung vom 30. März 1868 die im Jahre 1892 zu Kirchenvorstandsmitgliedern gewählten Herren: Commerzienrath **Wilhelm Dörfel**, Glasmeister **Theodor Siegel**, Schuldirektor **Dennhardt**, sämtlich hier, und Schmiedemeister **Hermann Bergert** in Wolfsgrün ausgeschieden haben, so sind durch **Ergänzungswahl** drei Vertreter für die Stadtkirchengemeinde und ein Vertreter für die eingepfarrten Gemeinden in den Kirchenvorstand neu zu wählen. Die **Ausscheidenden** sind wieder wählbar.

Es wird hierbei bemerkt, daß nur diejenigen zur aktiven Wahl berechtigt sind, die sich vorher dazu **angemeldet** und Aufnahme in die Wählerliste gefunden haben.

Die Anmeldung kann sowohl **mündlich** als **schriftlich** erfolgen und ist für die Stadt bei dem hiesigen Pfarramte und Diaconat **von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr**, für die eingepfarrten Gemeinden: in Wildenthal bei Herrn Gemeindevorstand **Ott**, in Blautenthal bei Herrn Gemeindevorstand **Kunz**, in Wolfsgrün bei Herrn Schmiedemeister **Bergert** und in Muldenhammer bei Herrn Gemeindevorstand **Greifenhagen**, — wo die Listen zur Anmeldung ausliegen,

**von Sonnabend, den 26. November bis zum 2. Dezember d. J.** zu bewirken.

**Sammellisten**, auf denen Mehrere zugleich sich zur Wahl anmelden, sind nur dann als gültig anzusehen, wenn die Einzelnen durch ihre eigenhändige Namensunterschrift die Absicht der Anmeldung bekundet haben.

**Stimmberechtigt** sind alle selbstständigen Hausväter, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, sie seien verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben, oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der polit. Gemeinde ausgeschlossen sind. Es ergeht nun an alle christl. Hausväter unserer Kirchengemeinde hierdurch die herzliche Bitte zu der bevorstehenden Ergänzungswahl des Kirchenvorstandes sich zahlreich anmelden zu wollen.

Eibenstock, den 24. November 1898.

Der Kirchenvorstand.

In Vertretung:  
**Rudolph**, Diaconus.

### Das Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Joseph.

Nach Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich war man in Deutschland stets geneigt, in dem Kaiser Franz Joseph, der selbst ein Deutscher ist, auch einen Freund Deutschlands und der Deutschen zu sehen. Die politischen Vorgänge, deren Schauplatz Oesterreich seit mehreren Jahren ist, haben leider diese Anschauung, die uns lieb und werth geworden war, erschüttern müssen. Nicht nur die Ermordung der Kaiserin, sondern auch die den Deutschen gegenwärtige innere Politik Oesterreichs lassen schwarze Schatten auf das 50jährige Regierungsjubiläum des Kaisers fallen.

So lange Graf Andrássy und später Graf Kalnoky die Kanzler der habsburgischen Monarchie waren, wurden in Oesterreich die deutschgegerne Bestrebungen zurückgedrängt. Kalnoky's Nachfolger, Graf Goluchowski kam auf seinen hohen Posten aus verhältnismäßig bescheidener diplomatischer Stellung, vom Gesandtenposten in Warschau. Die gesammte politische Welt war über seine Berufung geradezu verblüfft u. fand keine andere Erklärung dafür, als seine polnische Nationalität und die besondere persönliche Gnade, um nicht zu sagen Zuneigung des Kaisers. Goluchowski gab seiner Amtsführung sofort die neue Richtung auch nach außen, indem er seinen persönlichen Verkehr mit Berlin und Rom aufs unerlässlichste beschränkte, dagegen Paris und Petersburg alljährlich und unter besonders auffälligen Förmlichkeiten besuchte. Daß er im Jahre 1897 in Petersburg zu förmlichen Abmachungen mit Rußland gelangt ist, hat er dieker Tage in einer Mittheilung der „Politischen Korrespondenz“ mit deutlicher Absicht betonen lassen, nachdem es schon vor einem halben Jahre durch die russische Botschaft in Konstantinopel geflüstert worden war. Die jüngste Anwesenheit des Grafen Murawiew in Wien vom 20. bis 25. Oktober dürfte, wie in diplomatischen Kreisen nicht bezweifelt wird, eine Erweiterung der Petersburger Abmachungen vom Jahre 1897 zum Zweck und zur Folge gehabt haben, so daß Goluchowski von seinem Ziele nicht mehr weit entfernt sein dürfte: das Bündniß Oesterreich-Ungarns mit Deutschland gegenstandslos zu machen durch Rückversicherung seiner orientalischen Interessen bei Rußland.

Außerlich mag es noch lange Jahre, vielleicht während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph fortbestehen; eine Probe aber würde es nicht aushalten, sofern von Oesterreich Opfer gefordert würden; nicht etwa deshalb, weil Kaiser Franz Joseph seine Arme nicht würde marschieren lassen wollen, sondern weil sich für keinen Krieg eine Mehrheit im österreichischen Reichsrath mehr finden würde, als für einen solchen gegen Preußen und Deutschland. So weit haben es die Hohenwart, Badeni und Thun glücklich gebracht. In den Blättern der heutigen österreichischen Regierungsmehrheit wird systematisch gegen „Preußen“ und das deutsche Bündniß gehetzt, als wenn man gar nicht früh genug in aller Form davon loskommen könnte, nachdem man es nicht mehr zu bedürfen glaubt. Es ist jetzt fast zehn Jahre her, daß der Abgeordnete Tárk im offenen österreichischen Reichsrath den Ausdruck that: „Gott beschütze Deutschland davor, daß es jemals auf die Hilfe Oesterreichs angewiesen sei; sie würde ihm nur ungen und lau gewährt werden.“ Tárk meinte, wie er hinzufügte, nicht die österreichische Armee, sondern die österreichische Politik. Damals stieß der Abgeordnete bei seinen österreichischen Volksgenossen noch auf Widerspruch; heute ist kein Zweifel mehr, daß die jetzige österreichische Politik die Noth, in die etwa das Deutsche Reich gerieth, nur benötigen würde, ihm in den Rücken zu fallen. Man gehe doch die Liste der heutigen österreichischen Minister durch; man wird inne werden, daß kein einziger darunter ist, dessen stiller Herzenswunsch nicht die Zerstörung des jetzigen Deutschen Reiches wäre. Die jetzige Reichsrathsmehrheit bekennt sich offen dazu. Diese Thatfache muß man sich vor Augen halten, wenn man verstehen will, warum die einsichtigen und aufrichtigen Freunde des Bündnisses mit Deutschland der jetzigen österreichischen Regierung Widerstand bis aufs äußerste leisten.

Hand in Hand mit dieser Politik nach außen geht die innere, auf die Unterdrückung der Deutschen in Oesterreich gerichtete. Zwar wird es nicht gelingen, die Deutsch-Oesterreicher ihres Volkstums zu entkleiden, aber der gegenwärtige Kampf schlägt der Monarchie dauernd schwere Wunden. Was soll aus einem Staate werden, aus seiner Macht, seinem Ansehen und Kredit, wenn acht Millionen seiner intelligentesten Bewohner für ihre nationale Selbstständigkeit keine andere Rettung kennen, als die Bekämpfung der Staatsgewalt mit allen gegebenen Mitteln? So steht das Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josephs unter seinem glücklichen Stern!

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Eröffnung des Reichstages findet am 6. Dezember, Mittags 12 Uhr im Weißen Saale des königl. Schlosses zu Berlin statt. Der Reichstag ist so spät wie diesmal noch nie zusammengetreten; nur einmal im Jahre 1894 trat derselbe erst am 5. Dezember zusammen. Das war, als das neue Reichstagshaus bezogen wurde. Diese Verzögerung hatte ihren Grund darin, daß kurz vorher Caprivi zurückgetreten, Dohlenlohe und Köller ernannt waren. Dieser Wechsel innerhalb der Regierung veranlaßte den Aufschub der Session, die ursprünglich für Mitte November in Aussicht genommen war.

— Von der neuen Militärvorlage weiß die „Post“ zu melden: Die Erhöhung der Friedenspräsenz soll schon am 1. Oktober 1899 in Kraft treten. Wie verlautet, soll der Entwurf vornehmlich begründet werden durch den Hinweis auf die Erhöhung der Präsenzstärke in den Nachbarreichen und auf die Erfahrungen im jüngsten spanisch-amerikanischen Kriege, in dem die mangelnde Bereitschaft die schlimmsten Folgen nach sich gezogen habe. Andererseits sei in absehbarer Zeit eine Verwirklichung des russischen Abrüstungsvorschlags nicht zu denken.

— Sämtliche deutsche Bundesregierungen haben sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, über einheitliche Grundzüge bei Ueberwachung der anarchistischen Bewegung geeinigt. Zur Beschleunigung des Nachrichtendienstes sollen sich die Polizeibehörden künftig auf direktem Wege bestimmte Mittheilungen machen; außerdem soll eine gemeinsame Sammelstelle für Nachrichten in Berlin eingerichtet werden.

— In einer Besprechung der Anti-Anarchistenkonferenz in Rom eröffnet das sozialdemokratische Parteiblatt einen neuen interessanten Ausblick auf das, was in dem sozialistischen Zukunftsstaate alle Gegner der Sozialdemokratie zu gewärtigen haben. Indem der „Vorwärts“ nach seiner Art die anarchistischen Verbrecher nach Kräften zu entkuldbilden u. als schuldlose Opfer unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände darzustellen sucht, führt er aus, daß in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate alle Elemente, welche sich als ruhestörerische erweisen und den Gesetzen des Landes den Gehorjam verweigern, in einem entlegenen Lande einer Zwangsverziehung unterworfen und nicht eher in ihre Heimath und in ihre staatsbürgerliche Stellung zurückgelassen werden sollen, als bis sie eine zum Wiedereintritt in den Staatsverband befähigende Prüfung bestanden haben und sonstige Garantien dauernder Besserung bieten. Die „Post“ bemerkt dazu treffend: „Wer dem Zukunftsstaate das Recht beimißt, alle Elemente, von denen er eine Störung der staatlichen Ordnung befürchtet, zu verbannen, zu interniren und einem Zwangsunterricht zu unterwerfen, der wird dem Staate der Gegenwart das Recht nicht bestreiten können, diejenigen Elemente, welche offen seinen Umsturz predigen und die Bevölkerung gegen die bestehenden Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung aufzureizen, seinerseits zu verbannen und solange mit Zwangsunterricht zu interniren, bis sie die Gewähr für dauernde Besserung gegeben haben. Wir gehen natürlich nicht so weit, auch nur an die Möglichkeit solcher Ausnahmemaßregeln, wie sie der „Vorwärts“ für den Zukunftsstaat in Aussicht stellt, betreffs aller

zielbewußten Anhänger der Sozialdemokratie selbst nur zu denken; es würde uns vollkommen genügen, wenn nur die Leiter und Führer der sozialdemokratischen Bewegung, ihre Hauptagitatoren, nach dem Rezepte des „Vorwärts“ behandelt würden.

— Amerika. Ueber das Ergebnis der Montag-Sitzung der spanisch-amerikanischen Friedenskommission kommt aus Paris nachstehende bedeutsame Meldung: Die Spanier nahmen die Bedingungen der Amerikaner an, nämlich Aufgabe der Philippinen und des Sulu-Archipels gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars; Amerika faßt alle Karolineninseln. Die Fragen betreffend die kubanische Schuld bleiben in der Schwebe.

— Damit ist das Eintreten der Vereinigten Staaten in die Reihe der Weltmächte besiegelt. Diese Thatfache erhält, von ihrer allgemeinen Tragweite für die politischen Entwicklungen und Verwicklungen der Zukunft abgesehen, ihre besondere Bedeutung durch den Umstand, daß der erste Schritt zur Weltpolitik die Union unmittelbar in die Sphäre der ozeanischen Probleme führt, welche die Keime vielfacher Interessenkonflikte zwischen den an der Entwicklung Ostasiens wirtschaftlich und politisch beteiligten Mächten bergen. Durch die Festsetzung Americas auf den wirtschaftlich und strategisch wichtigen Inselgruppen erfährt die Situation für alle in Ostasien interessierten Mächte, Deutschland nicht ausgeschlossen, eine wesentliche Verschiebung zu ihren Ungunsten. Die Aneignung nicht bloß der Philippinen, sondern auch der Suluinseln und der Karolinen durch Amerika weist auf das Bestreben hin, die Festsetzung jeder anderen Macht in der Nachbarschaft des für Amerika erworbenen Kolonialbesitzes von vornherein zu verhindern. Der strategische Werth der Philippinen und aller anliegenden Inselgruppen liegt in der Möglichkeit, von ihnen aus die Wasserstraßen des malayischen Archipels sowie das chinesische Meer zu beherrschen. Eine genügend starke Flotte vermag, auf jene Inselgruppen gestützt, nicht nur die europäischen Besigungen an der Süd- und Südostküste Chinas zu bedrohen, sondern auch die maritime Verbindung zwischen Europa und seinen Kolonien in China außerordentlich zu erschweren. Keine andere Macht hat an der Frage ein größeres Interesse als England. Wenn sich dieses gegenüber den immer weiter greifenden Ausdehnungsbefreibungen Americas so völlig passiv verhält, so läßt sich darin nur eine neue Bestätigung für die Vermuthung erblicken, daß zwischen England und Amerika Verhandlungen irgend welcher Art bestehen. Jedensfalls erscheint es schwer glaublich, daß Amerika seine Forderungen zu einer solchen Höhe hinaufgeschraubt hätte, wenn es nicht der Unterstützung oder doch der wohlwollenden Passivität von Seiten Englands sicher wäre.

— Das Staatsdepartement in Washington erklärt, die Abtretung der Sulu-Inseln an Amerika bedeute keine Erweiterung der amerikanischen Forderungen, da die Sulu-Inseln in den ursprünglichen Forderungen Americas als ein Theil der Philippinen-Gruppe anerkannt und ganz speziell in dieselben eingeschlossen worden seien. Mit Bezug auf die Deutschland und Großbritannien dort ertheilten Konzessionen heißt es, es werde später entschieden werden, welche Wirkung die Anexion auf diese Konzessionen habe. Ein Präzedenzfall liege vor in der Einverleibung Madagaskars durch Frankreich; damals habe der von Amerika mit Madagaskar abgeschlossene Handelsvertrag dem französischen Zolltarif weichen müssen. Deshalb könne nicht im Voraus gesagt werden, ob die besonderen Vorrechte Deutschlands und Großbritanniens auf den Sulu-Inseln beibehalten werden.

— Boston, 24. Novbr. Der Dampfer „Portland“ ging am Sonntag Vormittag bei Northtruro (Massachusetts) dicht an der Küste unter. Alle an Bord befindlichen Personen, 49 Mann Besatzung und 65 Passagiere sind ertrunken.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 30. November. Gestern Abend fand im Saale des „Feldschloßchen“ der erste Vortragabend im „Kaufmännischen Verein“ statt. Der Herr Redner sprach zwar in der Hauptsache nicht über Handel und Verkehr in Ostindien,